

SÜDWIND

**JETZT
HANDELN**



Lieferketten sind Menschenketten

www.suedwind.at/lieferketten

Einstürzende Textilfabriken in Bangladesch, Niedrigstlohnarbeit in Indien, ökologischer Supergau auf indonesischen Palmölplantagen. Alles grobe Missstände, die „schön weit weg“ aber eben doch sehr nah sind: Denn so werden im Auftrag großer Konzerne jene Produkte hergestellt, die wir konsumieren sollen. Doch die globalisierte Wirtschaft mit ihrem undurchsichtigen Netz aus Zulieferern, meist vermittelt über Agenten, macht es schwer, ein Produkt vom Rohstoff bis zur Ladentheke zurückzuverfolgen. Umso leichter für die Konzerne, sich um ihre Verantwortung zu drücken. In der globalisierten Produktion wollen alle verdienen, aber keiner will verantwortlich sein. Die Leidtragenden finden sich wie immer am Beginn der Lieferkette: ausgebeutete ArbeiterInnen und das Ökosystem. Dabei kann etwas getan werden. Ein umfassendes Lieferkettengesetz würde Unternehmen ein für alle Mal zwingen, ihrer Verantwortung gegenüber ArbeiterInnen und Umwelt entlang der gesamten Lieferkette nachzukommen. In Frankreich und in den Niederlanden wurden solche Gesetze beschlossen, die einen ersten Schritt in diese Richtung setzen. SÜDWIND kämpft schon länger an vorderster Front für Lieferkettengesetze auf österreichischer sowie auf EU- und UN-Ebene. Aber viele Länder, darunter auch Österreich, scheuen sich davor, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu ändern. Und die Corona-Pandemie macht erst recht deutlich, wie verwundbar der Globale Süden weltwirtschaftlich ist. Damit muss endlich Schluss sein – wir brauchen das Gesetz, jetzt!



Globale Lieferketten:

Wann werden Menschenrechte endlich Gesetz?

Zu oft weggeschaut Noch immer dürfen Unternehmen in der EU und in Österreich Produkte verkaufen, für deren Produktionsbedingungen sie rechtlich nicht einstehen müssen. Wenn es um den Schutz der menschlichen Würde geht, können Unternehmen ungestraft bestehendes (Menschen-)Recht verletzen. Die Lieferketten werden von Unternehmen verdeckt gehalten, viele Zulieferfirmen und Subunternehmer sind weltweit im Spiel. Den Auftrag kriegt, wer billigst produziert, um die teils katastrophalen Bedingungen kümmert sich niemand. Dass Menschenrechte und Umweltstandards systematisch mit Füßen getreten werden, ist die Folge.

Zu viel geredet Die Staaten sind eigentlich dazu verpflichtet, Menschen vor wirtschaftsbezogenen Verstößen gegen die Menschenrechte zu schützen. Neun Jahre ist es her, dass die Vereinten Nationen entsprechende Leitprinzipien verabschiedet haben. Seither ist allerdings herzlich wenig passiert. Es wurde viel kritisiert, geredet und noch mehr versprochen. Aber abgesehen von halbherzigen Appellen der Regierungen an die Wirtschaft im Sinne der „freiwilligen Selbstverpflichtung“ kam wenig dabei heraus.

Zu lange geduldet Ein aktuelles Beispiel belegt, wie wenig es bringt, von global agierenden Unternehmen eine freiwillige Selbstverpflichtung gegenüber Mensch und Umwelt zu erwarten. Eine erst im Oktober veröffentlichte Studie der Universität Chicago untersuchte die Herstellungsbedingungen eines unserer liebsten Erzeugnisse: Schokolade. Und fand heraus, dass aktuell immer noch

unfassbare 1,5 Millionen Kinder in Westafrika unter entwürdigenden Bedingungen auf den Kakaoplantagen arbeiten. Dabei hatten die Schokoladenriesen Mars und Nestlé schon vor Jahrzehnten versprochen, Kinderarbeit zu beenden. Immer wieder wurde das Ziel verwässert und in die Zukunft geschoben bis es heuer endgültig ergebnislos endete. Jetzt wissen wir: Kinderarbeit in der Kakaobranche hat sich nicht nur nicht verringert, sondern sie ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Die International Cocoa Initiative schätzt, dass die Kinderarbeit jetzt im Zuge der Corona-Pandemie sogar nochmals um rund 20% zugenommen hat, d.h. weitere 300.000 Kinder die in der Kakaobranche schufteln müssen. Erneut wird deutlich: Gegen Gewinne ohne Verantwortung hilft nur ein gesetzlicher Rahmen.

Zu oft verharmlost Aufgrund unserer Recherchen aus den vergangenen Jahren weiß SÜDWIND sehr gut, wohin die fehlende Verantwortung der Wirtschaft führt. Die Katastrophe von Rana Plaza (Bangladesch) hätte so wohl nicht stattgefunden, würden die großen AuftraggeberInnen der Modebranche endlich zu unternehmerischer Sorgfalt in Bezug auf Menschenrechte verpflichtet. Man könnte für die Produktion von Palmöl auch nicht Flüsse umleiten, Urwälder abholzen und Böden verseuchen, ohne dass jemand dafür haftbar gemacht wird. Und eine österreichische Firma, die Turbinen für brasilianische Staudämme liefert, könnte auch nicht mehr sagen: „Das geht uns nichts an“, wenn dann massive Umweltschäden und Vertreibungen von Indigenen aufgedeckt werden.

Menschenrecht als Pflicht Zurzeit kommt wieder Bewegung in die Sache – auf EU-Ebene, in Österreich und weltweit in der UNO. Wir müssen dieses Momentum unbedingt nutzen. Und dringend darauf schauen, dass

nicht nur ein Lieferkettengesetz kommt, sondern auch sicher gehen, dass es nicht zahlos ist. Das heißt: Es braucht mehr als so genannte „Selbstverpflichtungen“. Es braucht rechtsstaatliche Rahmen, die die Durchsetzung von Normen ermöglichen. Damit verbunden muss es bei Verstößen gegen Menschenrechte und Umweltstandards wirksame Sanktionen und Strafen geben und die Pflicht staatlicher Behörden, diese auch zu kontrollieren.

Keine Schlupflöcher mehr Außerdem müssen Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette für Schäden haften. Das inkludiert alle Zulieferer, Tochterfirmen, wo auch immer auf der Welt sie tätig sind. Zuletzt ist es extrem wichtig, dass die Sorgfaltspflicht der Unternehmen beides beinhaltet, das Einhalten von Menschenrechten und von Umweltstandards. Es ist hinlänglich bekannt, wie eng beide einander bedingen: Wo für satte Gewinne Menschenrechte mit

Füßen getreten werden, hat meistens auch das Ökosystem schlechte Karten. Und wo Umwelt mutwillig zerstört wird, steht es meist um den Respekt vor den Rechten der Menschen schlecht. SÜDWIND setzt das Thema „Lieferkettengesetz“ jetzt ganz oben auf seine Agenda. Durch unseren Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen und als Teil der internationalen, EU- und österreichweiten Initiativen für ein Lieferkettengesetz sind wir in einer guten Position. Wir dürfen jetzt nicht locker lassen und bitten auch um Ihre Unterstützung in Form einer Spende. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich in Zukunft nicht mehr rentieren!



Lieferketten im Corona-Stress

Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch gar nicht abzusehen. Fest steht schon jetzt, dass die Kosten der Krise ungleich und ungerecht verteilt sind. Während viele europäische Konzerne den Einbruch, etwa während des Lockdowns, vergleichsweise gut wegstecken konnten und können, geht es den Zulieferfirmen weltweit an die Substanz. Vor allem ArbeiterInnen in Billiglohnländern kämpfen jetzt ums nackte Überleben. Beispiel Textilbranche: Laut der Vereinigung der Textilproduzenten von Bangladesch wurden von heute auf morgen bei mehr als 1000 Fabriken im Land Bestellungen im Wert von über 3,2 Milliarden Dollar storniert, u. a. von den Textilriesen wie Primark und C&A. Schlimmer noch: Sogar fertig produzierte Bestellungen wurden einfach nicht gezahlt. Und weiter in der Kette: Verdienten die Näherinnen schon zu guten Zeiten zu wenig für ein menschenwürdiges Leben, so bleibt man ihnen den Lohn jetzt schuldig.

Es droht blanke Not. Vier Millionen Menschen sind in dem Land direkt in Textilfabriken beschäftigt. Angesichts weiterer Stornierungen wird befürchtet, dass es zu Unruhen kommen könnte. Die Forderung nach einem internationalen Nothilfefonds finanziert von den Textilkonzernen wird jetzt immer lauter.



INTERVIEW

Stefan Grasgruber-Kerl ist Kampagnenbereichsleiter bei SÜDWIND und seit Jahren mit dem Thema Lieferkettengesetz vertraut.

Was wäre wenn?

Hat SÜDWIND überhaupt noch was zu tun, wenn ein gutes EU-Lieferkettengesetz kommt? Schön wärs, wenn das Gesetz und dessen Überprüfung wirklich so gut und lückenlos wäre. Es wird aber wohl weiterhin NGOs wie SÜDWIND brauchen, die darauf schauen, dass ein solches Gesetz auch umgesetzt wird und die Betroffene bei Klagen und Beschwerden unterstützen.

Ist der Kapitalismus wirklich bereit für so ein Gesetz? Es ist die einzige Möglichkeit für unsere Wirtschaft. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt wie verletzlich weltweite Lieferketten sind und dass es verlässliche Regeln braucht – auch für Unternehmen. Immer mehr Unternehmen schließen sich den Forderungen nach einem Lieferkettengesetz an, weil ein Vorgehen gegen schwarze Schafe und ein faires Spielfeld in ihrem ureigensten Interesse ist. Das führt uns dann auch zu einem Wirtschaftssystem, das sich nicht mehr an der reinen Kapital- und Profitmaximierung orientiert, sondern im Sinne der Sozial- und Solidarökonomie an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt.

Würde so ein Gesetz auch verhindern, dass in der EU verbotene Pestizide in Drittstaaten verkauft werden? Nicht unbedingt den Verkauf, da es keine direkten Auswirkungen auf Handelsabkommen hat, aber sehr wohl deren Einsatz in den Lieferketten.

Wird der gesamte Produktzyklus – Stichwort Elektroschrott – mit erfasst? Ja, im Rahmen des sogenannten Sorgfaltspflichten-Plans sind die möglichen sozialen und ökologischen Auswirkungen der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit einzubeziehen, Maßnahmen zu definieren und diese zu überprüfen.

Gibt es schon konkrete Erfahrungen in Frankreich und den Niederlanden? Das Gesetz ist erst 3 Jahre alt und steckt noch in den Kinderschuhen. Gerichte und Politik versuchen derzeit noch gerne, sich aus der Verantwortung zu stehlen und lehnen Beschwerden ab oder fühlen sich nicht zuständig. So wurde Anfang des Jahres eine Klage französischer NGOs gegen den Ölmulti Total wegen Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörungen in Uganda vom Zivilgericht in Nanterre in erster Instanz abgewiesen, seit Ende Oktober läuft das Verfahren jetzt beim Berufungsgericht. Das zeigt, dass es auch mit Lieferkettengesetz noch genug zu tun gibt für NGOs wie SÜDWIND!

Die Arbeit von SÜDWIND ist schon seit Jahren eine treibende Kraft in der Diskussion um ein Lieferkettengesetz. Wir vertreten das Thema auch vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und haben uns mit anderen Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zur Treaty Alliance Österreich zusammengeschlossen. Auf EU-Ebene und in Österreich bewegt sich jetzt endlich etwas. Deshalb dürfen wir nicht locker lassen, bis das Lieferkettengesetz auch für Österreich kommt.

Unsere Forderungen:

Wir fordern ein Lieferkettengesetz für Österreich und die gesamte EU, damit Unternehmen endlich verantwortlich gemacht werden, wenn sie gegen Menschenrechte und/oder Umweltstandards verstoßen.

- ☞ Das Gesetz muss die gesamte Lieferkette betreffen, ohne „Schlupflöcher“.
- ☞ Das Gesetz muss verbindlich sein, keine „freiwillige Selbstverpflichtung“.
- ☞ Das Gesetz muss Verstöße mit Sanktionen bzw. Strafen belegen, die Einhaltung muss von staatlichen Institutionen kontrolliert werden.
- ☞ Zusätzlich braucht es einen verbindlichen UN-Vertrag zu Unternehmensverantwortung um Konzerne in die Pflicht zu nehmen.

Was SÜDWIND jetzt tut:

- ☞ Massive Lobbyarbeit für ein Lieferkettengesetz in Österreich, auf EU- und UN-Ebene
- ☞ Gemeinsame Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze. Damit Lieferketten nicht verletzen“ mit vielen NGOs, ÖGB und AK
- ☞ Breite Öffentlichkeitsarbeit, um die Menschen für das Thema zu sensibilisieren
- ☞ Im Rahmen der Clean Clothes-Kampagne treibt SÜDWIND zusätzlich die Kampagne „Pay your workers“ voran, um mehr Druck auf die Firmen auszuüben, ihre ArbeiterInnen zu bezahlen. In diesem Kontext soll auch ein spezieller Corona-Hilfsfonds mit Mitteln der Unternehmen eingerichtet werden, um die schwierige Zeit zu überbrücken
- ☞ SÜDWIND bringt sich aktiv in die Verhandlungen auf EU- und UN-Ebene ein

Es gibt in nächster Zeit viel zu tun. Für unsere Aktivitäten zur Einführung des Lieferkettengesetzes benötigen wir noch dringend Geldmittel.

**BITTE
UNTERSTÜTZEN SIE
UNSERE ARBEIT
MIT IHRER SPENDE**

SPENDENKONTO: HYPO OÖ • IBAN: AT63 5400 0000 0037 1039 • BIC: OBLAAT2L

DANKE

